



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0/30 Goldmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3 gespaltene Zeile 0/50 Goldmark, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0/10 Goldmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abommements an. Nur Postbezug zulässig.

Lohnerhöhung im Buchdruckgewerbe.

Am 18. und 19. Mai fanden in Berlin die Verhandlungen über ein neues Lohnabkommen im Buchdruckgewerbe statt. Wie gewöhnlich, lehnten die Vertreter der Unternehmer zuerst jedes Entgegenkommen ab. Nach schwierigen und langen Verhandlungen kam in den Abendstunden des zweiten Tages denn doch folgendes Abkommen zustande. Die sich aus der Bekanntmachung ergebenden Löhne und Zulagen für unsere Mitglieder werden in der nächsten Nummer der „Solidarität“ bekanntgegeben.

Bekanntmachung.

Die nach dem Deutschen Buchdrucker-Larif zuständige Tarifkommission hat in ihrer Sitzung vom 18. und 19. Mai 1925 folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Der Spitzenlohn beträgt für die Zeit vom 30. Mai bis einschließl. 3. Juli 46 M., für die Zeit vom 4. Juli bis einschließl. 1. Januar 1926 48 M.
2. Wird das Abkommen nicht 3 Wochen vor Ablauf gefündigt, so verlängert es sich bis zum 28. Februar 1926.

Berlin, 19. Mai 1925.

Deutscher Buchdrucker-Verein E. V.
Dr. Petersmann. Dr. Woelfel.

Verband der Deutschen Buchdrucker.
Joh. Seib. Otto Krauß.
Gutenbergsbund.
Paul Thedner.

Verband der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.
E. Bucher. Ernst Hornte.

Graphischer Zentralverband.
Ad. Hornbach.

Rauschende Feste — ernste Arbeit.

Die rauschenden Feste des nationalen Blocks sind vorüber. Hindenburg, der kaiserliche Generalfeldmarschall, hat in die Hand des ehemaligen Schriftsetzers und jetzigen Reichspräsidenten Paul Wöbe den Eid auf die Republik abgelegt. Die Warenhäuser können ihre Restbestände an schwarzweißem Feinzeug wegpucken, sie hatten eine gute Konjunktur. Nun, da die Rebellenschwaden eines nationalen Deliriums sich verzogen, gilt es mit allem Ernst an die Arbeit zu gehen. Die Jugendbergs-Presse predigt das gleiche, wenn sie in einem Resümee zur Hindenburg-Verdichtung schreibt: „Die Feste sind vorüber. Gehen wir alle an unsere Arbeit.“ Also tun wir das, denn es wird die höchste Zeit.

Wie es nun bei solchen Anlässen zu gehen pflegt, veröffentlicht Hindenburg eine Proklamtion an das deutsche Volk. Er erinnert an die „ruhmreiche Vergangenheit“ (womit wahrscheinlich das Massenchaos und die Kohlrübenzeit gemeint ist) und schließt mit der Aufforderung, gemeinsam „ungebeugten Mutes den schweren Weg zu gehen, der uns durch wahren Frieden zur Freiheit geleitet soll.“

Doch in der Proklamtion wendet sich Hindenburg auch an das arbeitende Volk. Er äußert sich folgendermaßen: „Mein erster Gruß gilt allen denen, die unter der Not der Zeit besonders leiden. Er gilt den vielen, die im harten wirtschaftlichen Ringen um ihr Dasein stehen. Er gilt dem arbeitenden deutschen Volke, von dem die schwere Lage von Staat und Wirtschaft besondere Leistungen erfordert.“ Mit Worten läßt sich trefflich streiten. Mit Worten lassen sich viele Versprechen machen, zumal wenn sie so gehalten sind, daß man an keine Pflicht zur Einlösung gebunden ist. Von dem Gruß eines kaiserlichen Generalfeldmarschalls vermag niemand (sagt zu werden und keinem wird das schwere Los erleichtert. Also registrieren wir diese Höflichkeitensbezeugung vor der Königin Arbeit und warten wir ab, was darauf folgt.

Die herrschenden Klassen sitzen in Deutschland jetzt fast überall im Sattel. Sie haben den Reichspräsidenten und vor allem die Reichsregierung. Dazu sind sie noch in den meisten Oststaaten tonangebend. Trotzdem dies alles meist seit langem der Fall ist, haben wir noch nichts von einer Erleichterung des schweren Loses gemerkt. Wenn man sich den phänomenalen Grundloß vor Augen hält, daß nur Arbeit, von Schwelch und Blut begleitete harte Arbeit, der Ursprung aller Werte ist und infolgedessen die riesigen Lasten der Reparationen, des Wiederaufbaus usw. von denen zu tragen sind, die diese Arbeit leisten müssen, dann muß man die Lammesgebild bewundern, mit der das deutsche Volk, so weit es mit Hand und Hirn schafft, sich in sein Los fügt.

Wenn also keineswegs eine arbeiterfreundliche Politik der Besitzern der bürgerlichen Regierungen war, so tritt das Gegenteil desto klarer in Erscheinung. Davon legen die Steuerdebatten im Reichstag Zeugnis ab. Schonung des Reifiges galt hier als einzige Parole.

Eins sollte jetzt von allen Gewerkschaftslogen klar erkannt werden: Das Gesichtsfeld ist klar abgesteckt, es ist an der Zeit, eine Arbeiterpolitik zu treiben! Zusammenfassung der Hand- und Kopparbeiter und Aufstellung klarer Richtlinien. Die Zeit der Gegenrevolution, die jeder revolutionären Epoche zu folgen pflegt, ist in Deutschland angebrochen. Die Herren der Rechten haben mit dem „Meister“ Hindenburg an der Spitze zu zeigen, ob sie bessere Zustände zu schaffen vermögen. Ueberdies ist eine bemerkenswerte Feststellung zu machen: Die Gruppen des Bürgertums, die unter der Flagge Schwarz-Rot-Gold mit der Arbeiterschaft die letzten Wahlschlachten geführt haben, beginnen sich neu zu orientieren. Das Bürgertum ist nicht gewohnt zu kämpfen, sondern rasch geneigt, dahin zu fallen, wo sich die Macht befindet. Dies scheint in Deutschland jetzt der Fall zu sein. Erkennen wir also den Kern der jetzigen politischen Situation.

Ferner ist die Feststellung notwendig, daß der lebensschaffliche Kampf der Großbourgeoisie und des Junkertums bei der Wahl sich einzig und allein gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften richtete. Das Zentrum hat in seinen Reihen ebenfalls Großgrundbesitzer und Großindustrielle vom Schlage der Thyssen und Kückner, eine solche Partei birgt keine Gefahr für die Bourgeoisie schweren Kalibers. Von den Demokraten gilt dasselbe. Auch hier sitzen neben Arbeiter- und Angestelltengruppen und einigen Journalisten Vertreter des wahrgenommenen Kapitalismus aus der Sphäre des Handels, der Feinindustrie und der Banken. Mit bemerkenswerter Offenheit wurde ganz deutlich von dem Organ der Rechten ausgeführt, daß die Niederlage vor allem der Sozialdemokratie und den hinter ihr stehenden Gewerkschaften gelte. Klares Erkennen ist auch hier notwendig, um einer ähnlichen Niederlage gewappneter gegenüberzustehen. Vielleicht gelingt es dann eher, irregeltete Arbeitermassen, die weil sie das Vertrauen verloren, führerlos rechts und links von der klaren Linie sich verließen, in das Heer der kämpfenden Massen zurückzuführen.

Hindenburg schwor auf die Verfassung der Republik. Ja, er fand sogar einige anerkennende Worte für Friedrich Ebert. Und wertwürdigemweise ist es in den Organen der Rechten still gemorden über die Befestigung der Republik. Die Hugenbergs-Presse, die ihren Lesern monatlang allerhand von einer Zeiten- und Weltenswende vorgespiegelt, vertröstet sie damit, daß man vorerst andere Sorgen habe. Wie Herr Neuhaus, der Unentwegte, der lieber seine Entlassung nahm, als den Schwur auf die Verfassung zu leisten, leicht zu demselben Schwur bereit war, als der Ministerpräsident winkle, so geht es auch allen übrigen. Es ist das eingetroffen, was Walter Rathenau 1920 von der Weimarer Verfassung schrieb: „Ein Zeugnis neuen Lebens ist die Weimarer Verfassung nicht. . . . Sie schafft nicht ein soziales Reich der Arbeit, sondern die typische Bürgerrepublik, die ebenfugot in Rumänien wie in Paraguay zu Hause ist.“ Wie recht dieser bürgerliche Denker hatte, sehen wir jetzt. Deutschland ist tatsächlich zu einer typischen Bürgerrepublik geworden, sie ist von den Großkapitalisten erobert worden. Vielleicht erleben wir in wenigen Jahren, daß die schwarzrotgoldene Reichsfaune, unter deren Schatten sogar ein Hindenburg schwor, zur Faune des Kapitalismus geworden ist. Wenn es sich unter diesem Banner gut leben läßt, warum dann ein System wechseln?

Doch ehe Deutschland ein vollendeter Bourgeoisstaat geworden, gilt es noch allerhand Reste der Novembererhebung zu beseitigen. „Ein paar Sekunden lang hört man in der Stille den Atem der Geschichte: 9. November 1918 — 12. Mai 1925“, so charakterisiert das Hugenbergs-Blatt, der „Berliner Toten-Anzeiger“ den Akt der Hindenburg-Verbeugung. Deshalb wird die Großbourgeoisie jetzt ganz geschäftsmäßig beginnen, den Einfluß der Arbeiter, Angestellten und Beamten vollständig zu beseitigen. Die Gewerkschaften müssen der eigenen Fels sein, an dem der Massenkampf von oben gebrochen wird. Die Herren von rechts hatten ihre Feste, jetzt wollen sie mit der Arbeit beginnen. Kommen wir ihnen zuvor und denken wir vor allem an den Ausbau der Gewerkschaften.

Zum Verbandstage.

Der Hamburger Verbandstag wirft seine Schatten in Gestalt eines Bündels Anträge voraus, unter denen wir eine Anzahl alter Bekannter finden. Sie dürften auch diesmal wegen der Unmöglichkeit ihrer Durchführung eine Ablehnung erfahren. Die durch die Stabilisierung bedingten Veränderungen in allen Gewerkschaften drängen zur statutarischen Festlegung und die inzwischen bei uns und bei anderen Ge-

werkschaften gemachten Erfahrungen verlangen eine genauere Fassung der Statuten, gewissermaßen eine Begriffsverklärung. Man findet unter den Anträgen viel Selbstverständliches, wie es von der Gewerkschaftspraxis bisher schon erledigt wurde, ohne nach dem fehlenden Paragrafen zu fragen. Nun ist die beantragte Schaffung einer eigenen Jugendabteilung, zu deren Aufbau eine große Portion Geduld und Liebe zur Sache notwendig ist. Ein langer Wunschzettel befaßt sich mit der Höhe der Beiträge und des Eintrittsgeldes. Die siebenfache Beitragsstaffelung könnte meines Erachtens schon eine Minderung erfahren; es ließe sich auch mit fünf Beitragsstufen auskommen, was zu einer Vereinfachung der Kasseneinführung beitragen würde. Die vom Verbandstage zu wählende Statutenberatungskommission wird auch hier bei der Fülle von Anträgen eine gewisse „Feinfortierung“ vornehmen und einen Mittelweg finden, der uns wieder den finanziellen Friedensbestand bringt. Daß es dabei nicht ohne eine kleine Beitragserhöhung abgehen wird, dürfte jetzt schon feststehen.

Mit zeitlich begrenzten Experimenten, wie es die Invalidenunterstützung ist, sich einzulassen, dürfte sehr geagt sein. Die Verhältnisse bei den Buchdruckern, die hier als Vorbild dienen, sind denn doch ganz andere. Der Einheitsbeitrag, die gute Organisation der Gehilfen, die 93 Proz. der organisationsfähigen Buchdrucker umfaßt, wenig Berufswechsel und damit eine geringe Fluktuation, die doppelte Mitgliederzahl gegenüber unserem Verbande sind die wesentlichen Unterscheidungsmerkmale. An Stelle der Invalidenunterstützung wäre die Gewährung eines Sterbegeldes zu erwägen, dessen Einführung schon früher erörtert wurde. Mit der Wiedereinführung der Krankenunterstützung darf auch unser Verband nicht länger warten, weil auch jetzt die finanziellen Voraussetzungen gegeben und die meisten anderen Gewerkschaften uns schon vorangegangen sind. Die ablehnende Beweisführung aus den Jugendjahren der Gewerkschaften, daß dieselben Kampferbände und keine Unterstühtungsvereine sind, verfährt nicht mehr, nachdem wir wissen, daß gut ausgearbeitete Unterstühtungseinrichtungen die Vorbedingungen für den Aufschwung und die Festigung des Mitgliederstandes bilden. Mit der Aufnahmegebühr soll man es bei dem bisherigen Zustand lassen und jede Erschwerung durch Erhebung eines höheren Eintrittsgeldes vermeiden.

So mancher Antrag, der in die Einzelheiten der Zustellen hineingreift, gehört eigentlich in ein Ortsstatut unter Richtlinien für Mitglieder und Vertrauenspersonen. Die Begrenzung des Krankengeldes auf die Hälfte der Arbeitslosenunterstützung dürfte auch für unseren Verband tragbar sein. Für wirklich gemagte Kollegen muß die Unterstühtung wie bisher schon höher sein als bei Arbeitslosen. Bei der Streitunterstützung muß die bestehende Härte beseitigt werden, wie dies ja auch ein Antrag des Verbandsvorstandes verlangt, die Sätze müssen mit den vorhandenen Mitteln in Einklang gebracht werden, ohne feindliche Knauerigkeit und unangebrachte Freigebigkeit.

Mit der Verringerung bzw. Aufzöfung des Beirates befaßten sich mehrere Anträge. Als beim Ausbruch der Revolution die Soldatenräte in Wirksamkeit traten, ein großer Teil der Arbeiterschaft im Rätegeist nach russischem Vorbild — Sowjet heißt bekanntlich Rat — das Allheilmittel erblickte, konnte sich auch unsere Organisation nicht dem Zuge der Zeit verschließen und befaßte sich auf dem Frankfurter Verbandstage 1920 die Schaffung eines Beirates, einer Körperschaft, wie sie schon in den Friedensjahren in der Form von Verbandsausschüssen bei verschiedenen Gewerkschaften bestand. Es muß anerkannt werden, daß der Beirat in den bewegten Jahren 1920 bis 1922 viel zur Befriedung der Organisation beitrug, fleißig mitarbeitete an den gestellten Aufgaben, bemüht war, als „ehrfürlicher Wächter“ und „Sachlichausgangspunkt“ die Gegenläufige politischer und gewerkschaftlicher Auffassung auszugleichen, und als es notwendig war, auch einen scharfen Trennungstrieb nach links zu ziehen. Mit der Wiedervereinigung der beiden sozialistischen Parteien, der Auflösung des Graphischen Blocks und der Fiktionierung der Kommunisten wurden auch die Gemüter wieder beruhigt. Die Opposition flaute allmählich ab und, abgesehen von einem Häuflein Unentwegte, kam überall die bessere Einsicht zur Geltung. Die Bedeutung des Beirates hat den Höhepunkt überschritten und es kann ruhig gesagt werden, daß diese Körperliche eine für unsere Organisation verhältnismäßig große Befragung aufweist. Man wird andere Verbände zum Vergleich heranziehen; dabei ist zu bedenken, daß ein Unterschied zwischen einer Berufsorganisation, die nur eine Hilfsgruppe darstellt, und den großen Industrieverbänden besteht. Letztere mit ihren vielerlei Berufen, den verschiedenartigen Lohn- und Arbeitsverhältnissen haben naturgemäß andere Aufgaben zu erfüllen, wie unsere Organisation mit den zwei Hauptgruppen Buch- und Stein-druck, von denen die erstere übertrag und die anderen kleinen, wie Schriftsetzerei usw., nur als Untergruppen einzurechnen sind. Ueber Fragen von weittragender Bedeutung

Weiterhin wurde beschlossen, daß zur diesmahligen Wahl die Zahlstellen Baugen, Chemnitz und Crimmitschau je 2 Kandidaten vorzuschlagen sollen. Angenommen wurden die Anträge Dresden, die Beschaffung der zukünftigen Gautage betreffend; als Ort des nächsten Gautages wurde Baugen festgelegt.

Ferner stimmte man einem vom Gavourort Dresden ausgearbeiteten Statut zu, das u. a. vorsieht, daß von dem Gesamtbeitrag 10 Proz. dem Gavourort Dresden zur Deckung der Ausgaben zugestanden werden. Der Goutag sprach sein Befremden darüber aus, daß die Zahlstellen Annaberg, Rössen, Schleitzau, Oelsnitz und Zwickau trotz Mahnung auf der Tagung nicht vertreten waren.

Nach achttündiger Dauer erhielt Kollege Herrmann das Schlußwort. Zusammenfassend ging er nochmals auf die geleistete Arbeit des Gautages ein. Er wünschte, daß die Beschlüsse zur weiteren Entwicklung des Gaus V beitragen mögen. Er forderte nochmals zur rastlosen Tätigkeit innerhalb der Organisation auf, damit am nächsten Goutag ebenso erfreuliche Fortschritte berichtet werden könnten. Mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf den Verband und Gau schloß er die Tagung.

Auf zur Kleinarbeit.

Man spricht nicht viel über die Kleinarbeit, — solange sie besorgt wird. Denn, die sie verrichten, gilt sie als selbstverständlich und damit auch alle mit ihr verbundenen Mühen. Doch die Zahl derer, die sich der Kleinarbeit unterziehen, ist nicht groß genug, weil sie nie groß genug sein kann. Die Lust und Liebe zur Kleinarbeit war manchem Kollegen und mancher Kollegin vergangen durch unverständliche Quertreibereien, die man in der Vorkriegszeit nicht kannte. Doch der Mühsal schwindet jetzt, und Einigkeit und Vertrauen zur Organisation machen sich wieder geltend. Die Kleinarbeit muß verklärt eintreten, um unsere eiserne Schlagkraft zu stärken. Jedes Mitglied sollte sich auf seine Weise, nach seinen Kräften an der Werbe- und Kleinarbeit beteiligen. Jedes Mitglied hat die Pflicht, für seine Organisation zu wirken. Heute mehr denn je. Wir haben abzurechnen mit den reaktionären Unternehmern, mit seiner systematischen Lohnrückerei und Arbeitszeitverlängerung, mit allen seinen zitronenartigen Gebliden usw.

Von den Inorganisierten, die nach dem November 1918 zu unserer Organisation kamen, um zu ernten, wo sie nicht gesät hatten, sind einzelne wieder in die alte Gleichgültigkeit geraten oder als „Beitragsparer“ zu den Christlichen übergegangen. Es ist höchste Zeit, daß man diese Gleichgültigen aufrüttelt, auch die „Beitragsparer“ etwas näher ansieht und allen Außenstehenden klar macht, was sie zu tun haben, ihnen auch sagt, wie die Dinge stehen. Jedes Mitglied, das weiß, warum man organisiert ist, kann einem Inorganisierten begreiflich machen, daß auch er sich in Reih und Glied zu stellen hat. Wird von allen überzeugten Gewerkschaftlern die Tätigkeit der Funktionäre durch mündliche Agitation, Heranziehung neuer Mitglieder, regelmäßige und pünktliche Beitragszahlung unterstützt, bekommen auch die Funktionäre wieder mehr Freude an ihrer Tätigkeit. Alles hängt von der Kleinarbeit ab, auf die Kleinarbeit kommt es immer an.

Gewerkschaftliche Agitation unter den Frauen.

Für die Arbeiten der Gewerkschaften zur Gewinnung der Arbeiterinnen für die gewerkschaftliche Organisation und für ihre Mitarbeit an den Aufgaben der Gewerkschaften lassen sich keine festen Richtlinien für alle Länder geben. Die Art dieses Wirkens wird sich in jedem Lande nach der Art der Frauenarbeit richten müssen, danach, ob die Erwerbsarbeit für Frauen eine Erscheinung neueren Datums ist oder eine ältere Erscheinung; sie wird sich ferner richten müssen nach der Mentalität der Menschen des betreffenden Landes und danach, wie sich die männlichen Gewerkschaftsmitglieder zur Frauenarbeit und zu den Frauen stellen. Auch bezüglich des zuletzt erwähnten Umstandes wird das Alter der Bewegung eine nicht unerhebliche Rolle spielen.

Wo es sich darum handelt, Frauen mit dem Solidaritätsgedanken erst vertraut zu machen, wird man mit einfacheren Mitteln auskommen als dort, wo bereits ein fester Stamm weiblicher Mitglieder vorhanden ist, denen das Wesen der Gewerkschaftsbewegung nicht fremd ist. Im ersteren Falle werden die Gewerkschaften bei Veranstaltungen nicht immer gleich den Zweck dieser Veranstaltungen erkennen lassen. Die Gewerkschaften eines jeden Landes haben wohl im Anfangs verfußt, über die Gesellschaft an die arbeitenden Frauen heranzutreten. Am Schluß und während solcher Veranstaltungen ist den Frauen dann gesagt worden, um was es sich eigentlich handelt.

Unzumutbar wäre es aber, diese Art der Werbetätigkeit als allein oder überwiegend für Frauen in Frage kommend zu betrachten. Auch unter den weiblichen Gewerkschaftsmitgliedern gibt es viele Frauen, denen so primitive Werbetätigkeit nicht behagt und die für solche Veranstaltungen ihre geringe freie Zeit nicht opfern würden. Da die gemeinsame Organisation von Männern und Frauen in allen dem SOG. angeschlossenen Landeszentralen überwiegt, müssen auch gemeinsame Versammlungen von Männern und Frauen die Regel bilden. Die Lohnfrage z. B. dürfte auch wohl kaum in Frauenversammlungen allein oder allein in Männerversammlungen entschieden werden können, ohne daß die Interessen einer Mitgliedergruppe zu kurz kommen oder ohne daß sich über die Grenzen der zur Verfügung stehenden gewerkschaftlichen Macht falsche Meinungen bei einem Teile der Mitglieder bilden. Erst durch die gemeinsamen Versammlungen haben Männer und Frauen, die im Betriebe und im gewerkschaftlichen Kampfe aufeinander angewiesen sind, sich verstehen und schätzen gelernt, und die Frauen haben Gelegenheit gehabt, die Probleme des Wirtschaftslebens und der Gewerkschaftsbewegung kennenzulernen, wozu sie allein weniger Gelegenheit haben als die Männer.

Wenn also auch gemeinsame Versammlungen die Regel bilden sollen, so brauchen besondere Frauenversammlungen nicht ausgeschlossen zu werden. Die Frauen sind betanntlich in der Art, ihre Interessen zu vertreten, nicht so sicher wie die Männer, und sie sind in der Regel auch zurückhaltender. Diese Sicherheit den Frauen zu geben und um den Frauen Gelegenheit zu geben, sich über Fragen, die im

Zusammenarbeiten mit den Kollegen von der Gewerkschaftsbewegung gelöst werden sollen, klar zu werden, ist in Deutschland in besonderen Frauenversammlungen und in Konferenzen von Funktionärinnen wiederholt mit Erfolg versucht worden. Auf diesen Zusammenkünften bildet in der Regel das Hauptthema der Arbeiterinnenkämpfe, der dadurch erzielten Vorwärts gebracht worden ist.

Bei diesen Veranstaltungen muß aber immer im Auge behalten werden, daß die Durchführung gewerkschaftlicher Absichten nur im gemeinsamen von Verständnis und gutem Willen getragenen Zusammenarbeiten von Männern und Frauen möglich ist, und daß aus diesem Grunde auch die Beratung der Wege in der Hauptsache das Werk gemeinsamer Arbeit sein muß.

Gertrud Hanna.

Die genossenschaftliche Konzentration der Konsumkräfte

findet bei uns in Deutschland in der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine, Hamburg, ihren sinnenfälligen Ausdruck. Denn was immer auch von ihr zu berichten ist, geht zurück auf den Einzelhaushalt der Bevölkerung, welcher, in den Konsumvereinen genossenschaftlich organisiert, seine Spitze findet in einer Geschäftszentrale, die ihresgleichen sucht.

So bietet der Jahresbericht einer solchen genossenschaftlichen Geschäftszentrale für die sozialistische Wirtschaftstheorie ein ganz anderes Interesse als der irgendeines und es des kapitalträchtigen Konzerns: Denn er enthält die praktische Befähigung von der Richtigkeit und Durchführbarkeit der sozialistischen Wirtschaftsform.

Aus dem Geschäftsbericht über das Jahr 1924 ist zu entnehmen, daß der gesamte Warenumsatz 168 466 278 Mart betrug gegen 143 936 279 Mart im Jahre 1913. Davon entfielen auf die Erzeugnisse aus eigenen Betrieben 26 298 325 Mart (15,61 Prozent) gegen 10 111 037 Mart (6,56 Prozent). Abgesehen von der schon oft bemerten Tatsache, daß der genossenschaftlich organisierte Konsum die Grundlage für den Aufbau der Eigenproduktion und die Regelung der Produktion überhaupt bildet, enthält die Produktionsziffer eine erfreuliche Steigerung des Anteils an dem ebenfalls gestiegenen Warenumsatz. Und zwar handelt es sich um nicht weniger als 20 fabriktionsmäßig „aufgezogene“ Betriebe, die von den Konsumvereinen durch ihre Großeinkaufs-Gesellschaft errichtet, lediglich für den genossenschaftlich organisierten Konsum arbeiten.

Dabei zeigt sich noch eine organisatorisch recht bemerkenswerte weitere Tatsache. Neben dem direkten Geschäftsverkehr der der Großeinkaufs-Gesellschaft angeschlossenen Konsumvereine (879) geht ein Warenverkehr der sog. Einkaufsvereinigungen einher, die abgegrenzte Wirtschaftsbezirke der Konsumvereine umfassen und ein tragfähiges Bindeglied zwischen der Zentrale und den Einzelgenossenschaften bilden. So betrug der Gesamtumsatz der Konsumvereine bei der Großeinkaufs-Gesellschaft 158,6 Millionen, aber an den monatlich stattfindenden Einkaufstagen der Einkaufsvereinigungen wurden allein für rund 41 Millionen Mart, also etwa 25 Prozent des Umsatzes vermittelt. Die Bedeutung dieses Warenverkehrs liegt u. a. darin, daß auch die kleineren und mittleren Konsumvereine durch die Konzentration des Warenbezuges zu gleichen Preisen kaufen und „bedient“ werden können, wie die allergrößten. Eine Möglichkeit, die bei der Privatwirtschaft völlig entfällt, weil die Organisation fehlt.

Den Geldverkehr regelt eine eigene Bankabteilung, die im Debet einen Umsatz von 232,4 Millionen Mart (1919: 338,4 Mill.) und im Kredit einen solchen von 218,0 Millionen (340 Mill.) verzeichnete. Die Zahlen zeigen den in der allgemeinen Wirtschaft vorhandenen Kapitalmangel, der noch viel deutlicher in den Banteinlagen sichtbar ist. Denn sie betragen beim höchsten Stand im Jahre 1924 nur 8 954 000 Mart gegen 34 345 000 Mart im Jahre 1913 und beim niedrigsten Stand 4 732 000 Mart gegen 25 236 000 Mart. Es ist leicht einzusehen, daß die genossenschaftliche Disposition dadurch schwer behindert ist.

Von ganz besonderem Interesse ist die beabsichtigte Verteilung des Uberschusses mit 1 816 340 Mart, wie sie der im Juni in Stettin stattfindenden Generalversammlung der Gesellschaft vorgeschlagen wird. Von demselben geht zunächst einmal ein Kapitalzins von 5 Prozent für die Stammanteile mit 134 700 Mart ab. Die noch verbleibenden „restlichen“ 1 681 640 Mart sollen dem Reservefonds, Dispositionsfonds, Produktionsfonds und einem Bantreservefonds überwiesen werden. Eine Rückvergütung an die Konsumvereine als Träger des Ganzen ist nicht vorgesehen und wird von der Generalversammlung auch nicht beabsichtigt werden.

Denn die Konsumvereine als „Aktionäre“ haben weniger ein Interesse an der — übrigens nichtkapitalistischen — Dividende als an der Weiterentwicklung des Unternehmens, insbesondere auf dem Gebiete der eigenen Warenerzeugung. Abgesehen von den grundsätzlichen Erwägungen eines sozialistischen Wirtschaftsziels, hat sich nämlich gerade in den letzten 10 Kriegsjahren herausgestellt, daß die genossenschaftliche Eigenproduktion das eigentliche Rückgrat des Unternehmens bildet. Sowohl beim einzelnen Konsumverein wie bei der Großeinkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine.

Die Produktion beherrscht den Markt, insbesondere die monopolisierte Produktion; und wie der Besitz der Produktionsmittel den entscheidenden Faktor bei der Ausbeutung der Arbeitskraft bildet, so die kapitalistische Produktion den für die Ausbeutung der Verbrauchermassen. Die konsumgenossenschaftliche Organisation wird erst in dem Maße unabhängig von der kapitalistischen Wirtschaft, als sie eigene Produktion besitzt und betreibt. Uebrigens hat die Großeinkaufs-Gesellschaft in erkennbarer Weise schon in den Vorkriegszeiten immer durch eine großzügige Stärkung der Produktionsreserven diesem Gesichtspunkt Rechnung getragen. Und es ist nur zu wünschen, daß nicht nur die Konsumvereine, sondern deren Mitglieder durch zielbewusste Verwendung der Fabrikate der „GEG“, die so überall unter dieser Marke erkennbar gemacht sind, einer Entwicklung Vorlauf leisten, die im ganzen genommen praktische Vorarbeit für die Sozialisierung der Wirtschaft bedeutet. Die Zahl der beschäftigten Personen betrug 3598, für die an Gehältern und Löhnen 5 717 475 Mart, an Pensionen und Unterhaltungen 24 219 Mart, an gesetzlichen Versicherungen 561 652 Mart. ausgezahlt wurden.

Am Zusammenhang mit dem Geschäftsbericht über das Jahr 1924 kann nur mitgeteilt werden, daß der von der Großeinkaufs-Gesellschaft im ersten Vierteljahr 1925 erzielte Warenumsatz 44 724 108 Mart betrug gegen 40 444 976 Mart im ersten Vierteljahr 1925. Es ist eine erfreuliche Steigerung. Im Stenbal wurde eine große Obst- und Gemüse-, Konjervenfabrik erworben, die dazu dienen wird, die kapitalistische Preisbildung auf diesem Gebiete der Nahrungsmitteleverorgung entsprechend zu „kontrollieren“ und zu „korrigieren“.

Alles in allem kann man nur mit Befriedigung die Entwicklung dieser konsumgenossenschaftlichen Geschäftszentrale verfolgen und kann nur wünschen, daß alle sozialistisch Denkenden als Konsumvereinsmitglieder mit praktischem Beispiel beim Wareneinkauf dafür wirken, daß die Großeinkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine bald zum bestimmenden Faktor auf immer größeren Gebieten der Warenpreisbildung wird.

Aus den Zahlstellen.

Berlin. Die Wahlen der Delegierten zum Verbandstage haben am Montag, den 25. Mai, in den Betrieben stattgefunden. Jedes Mitglied muß an dieser Wahl teilnehmen. Nur 10 Namen dürfen auf dem Stimmzettel stehen bleiben, 12 Namen müssen also gestrichen werden. Alle Stimmzettel sind bis 26. Mai, jeder in einem Briefumschlag verschlossen, auf dem Namen und Buchnummer des Mitgliedes zu stehen hat, abends 6 Uhr, im Verbandsbureau, Alte Jakobstraße 5, abzuliefern; später abgelieferte Stimmzettel sind ungültig. Die Stimmzettel waren dem letzten Mitteilungsblatt der Zahlstelle beigegeben, wer ihn nicht bekommen hat, hole sich sofort einen aus dem Bureau der Ortsverwaltung.

Köln. In einer am 11. Mai 1925 stattgefundenen, leider nur schwach besuchten Versammlung sprach Verbandsvorsitzender Kollege Bucher nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten über „Die Aufgaben des Verbandstages“. In klaren, kurzen Strichen zeichnete er die verfloßene Periode seit dem letzten Verbandstage im Jahre 1920 in Frankfurt, die durch die rasende Inflation notwendig gewordene Verschiebung des Verbandstages und die durch die Geldentwertung hervorgerufenen besonderen Maßnahmen auf dem Gebiete der Unterhaltungsanstaltungen. Es gelte nunmehr, Herrschaft abzubauen und Betrachtungen darüber anzustellen, ob jeder verantwortliche Funktionär richtig an seinem Platze gearbeitet habe. Fehler seien auszumergen. Der innere und äußere Ausbau der Organisation müsse neu beschlossene und damit ein neues, für uns zuständiges Geleß gleichsam geschaffen werden. Der Zusammenbruch der Mart, die Vernichtung unserer Verbandsleiter und das Zusammenkrumpfen unserer Mitgliederzahlen habe die Organisation wohl eine Zeitlang geschwächt, uns aber nicht mullus gemacht. Die Aufwärtsentwicklung im Jahre 1924, nach Wiedereintritt normaler Verhältnisse, zeige die durchschlagende Werbetraut der Organisation wie andererseits aber auch die einkehrende gewerkschaftliche Einsicht unserer Kollegenchaft. Neue Funktionäre heranzubilden, sei die Aufgabe der nächsten Zeit. Seit dem letzten halben Jahre stiegen unsere Mitgliederzahlen um rund 1000 Mitglieder monatlich. Bei weiterem Zusammenstehen könne unser Einfluß auch künftig nicht ohne Wirkung bleiben. Unsere höchste Aufgabe müsse es sein, in kürzester Zeit einen respektablen Kampffonds zu erreichen. Auch ein Frontalangriff dürfte uns zu gegebener Zeit nicht schaden. Nach Vergleich des Reichstaxis im Buchdruck mit den Ortsstarien im Steindruck schloß Kollege Bucher mit dem bringenden Appell an die Kölner Kollegenchaft, stets fest zusammenzutreten, seine eindrucksvollen Worte. Brausender Beifall wurde dem Redner gependet. Mit Worten des Dankes für den ausfchlußreichen Vortrag schloß der Vorsitzende die angeregte verlaufene Versammlung.

Abrechnungen.

In der vergangenen Woche sind nachfolgende Abrechnungen für das erste Quartal eingegangen:
Gau 2: Frankfurt a. M.
Gau 5: Dresden.
Gau 10: Hamburg.
Gleichzeitig gingen die Beiträge: 11 366,— Mart aus Frankfurt a. M., 17 203,92 Mart aus Dresden, 10 719,64 Mart aus Hamburg, 2000,— Mart aus Breslau bei der Hauptkasse ein.

Berlin, den 16. Mai 1925.

S. Bodach.

Für die Woche vom 25. bis 30. Mai ist die Beitragsmarke in das mit 22 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches oder der Karte zu kleben.

STERBETAFEL

Nachträglich geben wir den Mitgliedern bekannt, daß die Kollegin

Elisabeth Hellmly

(in Fa. Stengel & Co.) im jugendlichen Alter an Lungenerkrankung verstorben ist. Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Mitgliederchaft Dresden.

Am Montag, den 11. Mai, verstarb an der Prostataerkrankung unser Mitglied

Frieda Eichelmann

(in Fa. Saale-Feitung) im Alter von 20 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr

die Mitgliederchaft Halle a. S.

Am 9. Mai starb nach kurzer, schwerer Krankheit unsere liebe Kollegin, die Angelerin

Johanne Pahde

(in Fa. Gebrüder Jäneke) im Alter von 54 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt der Verstorbenen

die Zahlstelle Hannover.

Verantwortlich für Abteilungen: A. Schuler, Charlottenburg. Verantwortlich für Abteilungen: A. Schuler, Charlottenburg.